



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Englisch-russische Verständigung.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

der „gelben Presse“, und ihre Organe, so die „Daily News“, der „Manchester Guardian“, die „Nation“, der „Economist“, behandelten Deutschland rücksichtsvoll, unter gerechter Anerkennung der versöhnlichen Absichten seiner Regierung. Nach Berlin gingen Besuche friedensfreundlicher Körperschaften, darunter von Tageschriftstellern, worauf Gegenbesuche in London folgten. Lord Avebury, besser bekannt unter seinem Forschernamen Sir John Lubbock, stellte sich an die Spitze der Bewegung. Aber zuletzt ergoß sich über diesen Damm die Sturmflut.

*

Englisch-russische Verständigung

Im Sinne der überwiegenden öffentlichen Meinung Englands vollzog sich die Hauptarbeit der britischen Diplomatie: die Bildung des Dreiverbandes und allseitige Umstellung Deutschlands. Alles übrige war nur ein Vorspiel im weltgeschichtlichen Drama. Kunstvoll wurde zu diesem Behufe die Gewinnung Rußlands betrieben. Dabei drängt sich die Beobachtung auf, daß das Schlagwort von dem zwischen einzelnen Nationen bestehenden unüberbrückbaren Gegensatz vor dem Verlauf der Geschichte nicht stichhält. Seit länger als einem Jahrhunderte entzündete sich die politische Phantasie an dem unvermeidlichen Zusammenstoße des russischen Eisbären mit dem englischen Leoparden. So stand es in den politischen Kinderfabeln und nicht bloß in diesen; aber die vermeintliche Notwendigkeit zerstob an unerwartet dazwischentretenden Tatsachen. Das war die Handelsseifersucht der Briten auf die deutsche Nation und das Emporsteigen Japans. Die allgemeinen Verhältnisse, wie Verschiedenheit der Volkscharaktere, zwingender Einfluß der geographischen Lage, Gesetzmäßigkeit des geschichtlichen Werdens, sind zwar im Weltgeschehen von hoher Wichtigkeit, treten jedoch für die praktische Politik in den Hintergrund, sobald entgegenstrebende politische und wirtschaftliche Interessen sich melden.

Die deutschen Staatslenker erkannten nicht rechtzeitig, daß sich gleich nach dem Mandschurischen Kriege der Zusammenschluß Englands und Rußlands vorbereitete. Ahnungslos sagte der deutsche Staatssekretär, Freiherr von Richthofen, zum belgischen Gesandten in

Berlin, wie dieser am 23. September 1905 nach Brüssel berichtete, die Gefahr einer großen Koalition gegen Deutschland sei nicht sehr groß; für das Einvernehmen Englands und Rußlands fehle die Grundlage; auch würde ein solches, so meinte Richthofen, dem bestehenden englisch-japanischen Bündnisse widersprechen, das doch gegen das Zarenreich gerichtet sei! Seinem Berichte fügte der belgische Gesandte die Bemerkung hinzu: „Von unserem Standpunkt aus wäre zu wünschen, daß der Staatssekretär recht behielte. Der von Deutschland geleitete Dreibund hat uns dreißig Friedensjahre in Europa beschert. Jetzt ist er durch den Zustand der Auflösung geschwächt, in dem sich Österreich-Ungarn befindet. Der neue französisch-englisch-russische Dreiverband würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung.“

Es bedurfte keines besonderen Scharffinnes, um zu erkennen, daß Rußland nach seiner Niederlage in der Mandschurei dem asiatischen Reiche Britanniens nicht mehr gefährlich war. Hochzuschätzen aber ist die Entschlußkraft, mit der die britischen Staatsmänner sofort die englisch-russische Annäherung ins Auge faßten. Nur ein mächtiges Rußland hatte Großbritannien bekämpfen müssen, das gedemütigte konnte es zum Freunde gewinnen. Das 1905 erneuerte und vertiefte Bündnis mit Japan schützte das indo-britische Reich ohnedies gegen einen Angriff von Norden her. Konstantinopel, früher der Zankapfel zwischen England und Rußland, war den Briten weniger wichtig geworden. Gründe genug, um die Kräfte des russischen Volkes und Staates gegen Deutschland in Bewegung zu setzen.

Indessen war das Bündnis Großbritanniens mit Japan, so schöne Früchte es auch gezeitigt hatte, ein Hindernis für das Schlagen der Brücke von London nach Petersburg. War es denn überhaupt möglich, mit den japanischen Siegern und zugleich mit den russischen Besiegten in freundschaftliche Beziehungen zu treten? Leicht konnte das Mißtrauen Nippons erwachen, leicht auch das Petersburger Kabinett stuhig werden. Zudem enthielt der englisch-japanische Allianzvertrag die Bestimmung, daß die verbündeten Mächte kein Abkommen mit einem dritten Staat schließen dürften, wenn es einer von ihnen Nachteil bringen könnte. Da kam den Briten der Streit zu Hilfe, der sich um diese Zeit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten entspann. Nippon war nicht stark genug, es zugleich mit Rußland und mit der nordamerikanischen Union aufzunehmen, so daß es die Aussöhnung mit dem Zaren-

reiche willkommen hieß. Hier setzte die englische Diplomatie an, um Japan den Russen zu nähern; dadurch wurde das erwünschte dreieckige Verhältnis zwischen London, Petersburg und Tokio möglich.

Japan und die Vereinigten Staaten waren die stärksten Anrainer des Großen Ozeans und schon deshalb in Eifersucht entbrannt. Dazu kam der Widerwille der westlichen Staaten Nordamerikas gegen die Einwanderung japanischer und chinesischer Gäste, durch die den einheimischen Arbeitern der Lohn gedrückt wurde. Die Abneigung machte sich im Ausschlusse aller japanischen Kinder aus den Schulen des Staates Kalifornien Luft, was zu einer gereizten Auseinandersetzung führte, die die Gefahr eines Krieges in sich schloß. Der Zwist wurde später beigelegt; bevor dies aber geschah, beeilten sich die englische und französische Diplomatie, Rußland und Japan auszuöhnen. Die zwei lange verfeindeten Mächte schlossen am 30. Juli 1907 einen Vertrag, durch den sie die im Friedensschlusse von 1905 unerledigt gebliebenen Streitpunkte ausglich. In einer sich daran schließenden Erklärung vereinbarten sie die Erhaltung des Status quo in China und grenzten in der Mandschurei ihre Einflußgebiete ab.

Damit war die unerläßliche Voraussetzung für Rußlands Ausgleich mit Britannien gegeben. In Petersburg hatte man es aber damit nicht eilig. Denn unergessen war, wie feindselig sich Großbritannien im japanischen Kriege benommen, während das Deutsche Reich eine wohlwollende Neutralität bewahrt hatte. Schon deshalb war der Zarenhof nicht willens, die nachbarlichen Beziehungen zu Deutschland zu lösen. Am lebhaftesten wirkte Ministerpräsident Witte gegen die Abkehr vom Deutschen Reiche und gegen die Verbindung mit England (Band II, Seite 73). Da brachte ein Regierungswechsel in Petersburg neue Männer an die Spitze. Da Witte auch mit Hilfe der von ihm erwirkten Verfassung der Revolution nicht Herr werden konnte, verlor er das Vertrauen des Zaren und erhielt im April 1906 die Entlassung; Goremykin, ein handfester alter Beamter, trat an die erste Stelle, für die aber schon im Juli Stolypin auserkoren wurde. Die auf demokratischer Grundlage gewählte Duma ward aufgelöst und die Revolution durch blutige Maßregeln niedergeworfen. Im Mai vollzog sich auch im Ministerium des Auseren eine wichtige Aenderung: an Stelle des Grafen Lambsdorff ergriff Alexander Iswolskij die Zügel.

Iswolskij war seit jeher ein Bewunderer englischer Lebensformen und förderte die Versöhnung mit Großbritannien, jedoch nicht in der

Absicht, deshalb mit Deutschland zu brechen. Das hätte der Zar damals nicht gestattet und auch in den Augen Iswolstij wäre es eine Torheit gewesen, dessen zerrüttetes Reich in Streitigkeiten mit den Mittelmächten zu verwickeln. Indessen gingen unter dem neuen Minister die Verhandlungen zuerst mit Japan, dann mit England flinker vor sich. Iswolstij hatte es dabei mit dem britischen Botschafter Nicolson zu tun, der, ein ausgesprochener Feind Deutschlands, mit Feuereifer an dem russisch-englischen Ausgleich arbeitete. Störend wirkte eine Rede, die der britische Ministerpräsident nach der Auflösung des russischen Parlaments hielt, in der er für die russische Verfassung eintrat und in den Ruf ausbrach: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!“ Mißtönend klang dem Zaren diese Einmischung in die Ohren.

Das war indessen nicht die Hauptsache; was die zwei Mächte trennte, waren die Verhältnisse in Asien. In Persien, Tibet und Afghanistan standen sie sich eiferfüchtig gegenüber. In Tibet hatte Großbritannien den mit Japan im Kriege liegenden Russen einen schlimmen Streich gespielt. Bis dahin regierte ein Rußland ergebener Dalai-Lama (Band I, S. 335), den England jetzt durch einen Gewaltstreich aus dem Wege räumte. Im Jahre 1904 schickte die anglo-indische Regierung eine sogenannte Gesandtschaft nach Tibet, die von nicht weniger als 1500 Soldaten begleitet war. Vergebens verbat sich der Dalai-Lama das völkerrechtswidrige Vorgehen. Die Engländer, von dem Obersten Younghusband geführt, drangen unaufhaltsam gegen die Hauptstadt Lhasa vor, die sie am 3. August 1904 erreichten. Der Hohepriester ergriff die Flucht, wurde abgesetzt und ein Britenfreund trat an seine Stelle.

Fast ebenso scharf war der Gegensatz in Persien, doch auch darüber kam man durch das Entgegenkommen Englands hinweg. So wurde am 31. August 1907 der für Rußland günstige Petersburger Vertrag geschlossen. Er befaßte sich mit all den Gebieten, über die man uneins gewesen war. England als verbender Teil machte dem Zaren manche Zugeständnisse. Nur in Afghanistan schnitt es gut ab, indem ausgemacht wurde, die Dinge sollten bleiben wie bisher. Dagegen wich England in Tibet einen Schritt zurück. Es zog seine „Gesandtschaft“ aus dem Lande zurück, und die zwei Mächte sicherten sich zu, während der nächsten drei Jahre nicht einmal eine wissenschaftliche Expedition nach Tibet zu senden. Auch wurde die Souveränität Chinas über den Dalai-Lama anerkannt. Überhaupt sollte das chinesische Reich unverfehrt bleiben. Der wahre Charakter des Petersburger

Vertrages erhellte aber aus dem Abkommen über Persien. Das Land galt früher als Pufferstaat, und das Vordringen des russischen Einflusses schien den Briten unerträglich. Damit hatte es jetzt sein Ende. Über Persien wurde wie über eine gemeinsame Beute verfügt. Es wurde in drei Zonen zerlegt, eine nördliche als Einflußgebiet Rußlands, eine mittlere neutrale Zone und eine südliche, wo England sich als Herr einrichten durfte. Das Abkommen enthielt zwar die heuchlerische Zusicherung der Unversehrtheit Persiens und der Gebietshoheit des Schah; tatsächlich aber war es ein Teilungsvertrag, der die Selbständigkeit eines mit England und Rußland in Frieden lebenden Volkes vernichtete.

Das Petersburger Kabinett hatte allen Grund zur Zufriedenheit, Iswolskij betrachtete sich als Sieger. Vor kurzem erst war Rußland militärisch niedergeworfen worden und schon trat es mit Japan und Großbritannien, als Gleicher mit Gleichen, in freundschaftliche Verbindung. Was die Gunst der Weltlage mit sich brachte, schrieb Iswolskij dem eigenen Verdienste zu. Dabei verzichtete Rußland nicht einmal auf seine guten alten Beziehungen zu Deutschland. Bei der Zusammenkunft in Swinemünde (3. bis 5. August 1907) kam es zwischen dem Zaren und dem Deutschen Kaiser zu einer Aussprache, bei der Nikolaus versicherte, das zu Petersburg in Verhandlung stehende Abkommen werde keine Spitze gegen Deutschland haben. Das russische Reich war ruhebedürftig und deshalb bereit, mit Deutschland ebenso in Frieden zu leben wie mit Großbritannien und Nippon.

Die von England im Petersburger Verträge gebrachten Opfer waren nicht gering, aber die Führer der konservativen Opposition im Unterhaus erhoben keine Einwendung. Grey hatte sich vor dem Abschlusse mit seinem Vorgänger im Amte, Lord Lansdowne, ins Einvernehmen gesetzt und dessen Zustimmung erhalten. Die Imperialisten der zwei großen Parteien waren untereinander in der Hauptsache einig; sie lösten sich in der Herrschaft ab, um dieselbe auswärtige Politik zu treiben. Feurige Zustimmung zum Verträge sprachen die Gegner Deutschlands aus, ihn als Beginn einer neuen Zeit feiernd; die „Times“ und die „National Review“ brachten triumphierende Artikel. Frau Olga Nowikow, die zu London in ihrem Salon seit Jahren für ein englisch-russisches Bündnis gegen das verhaßte Deutschland wirkte, empfing die Glückwünsche ihrer Freunde.

Indessen machten sich auch Bedenken gegen die den Russen gemachten Zugeständnisse geltend. Lord Curzon nannte im Oberhaus das

Geschäft über Afghanistan zweifelhaft, das über Tibet schlecht, das über Persien noch schlechter. Er war nach wie vor der Ansicht, Persien hätte Pufferstaat zu bleiben und sollte nicht angetastet werden. Das war das Urteil eines Mannes, dem die asiatische Politik Selbstzweck war. Aus anderen Gründen war der linke Flügel der liberalen Partei unzufrieden. Den Radikalen war schon die Verbindung mit dem freiheitsfeindlichen Rußland verdächtig, sie erschrakten aber geradezu über das Abereinkommen zur Erwürgung Persiens; das widersprach ihrer Anschauung, England habe die Unabhängigkeit der kleineren Völker zu schützen. Sie konnten es nicht fassen, daß ein liberales Ministerium sich auf einen nach ihrer Vorstellung unsittlichen Vertrag einließ¹⁾. Es ist aber für die Denkweise der Engländer bezeichnend, daß ein Mann wie Campbell-Bannerman Präsident des Kabinetts war, unter dem Persien unter die Räder geworfen wurde. Die Männer, die an der Regierung des englischen Weltreiches teilnehmen, unterscheiden sich zwar untereinander in ihrem Urteil über das sittlich Erlaubte und sittlich Verbotene; aber letzten Endes unterordnen die Moralisten ihre Bedenken den Geboten des politischen Vorteils. Zur Erleichterung ihres Gewissens halten sie dann um so strengeres Gericht über die anderen Völker und deren Staatsmänner.

*

Die Politik Aehrenthals. Die Sandschakbahn

In diesen Welthändeln war von Osterreich-Ungarn nur wenig zu hören. Diese Enthalttsamkeit entsprang dem Gefühl der Schwäche, denn

¹⁾ Zu den Segnern der Einkreisungspolitik und des Zurückweichens vor Rußland gehörte Dilke, der schon vor dem Eintritte Greys in die Regierung zu Anfang 1905 an einen Freund schrieb, Grey habe immer den Handel mit Rußland begünstigt, er selbst aber werde, ob innerhalb oder außerhalb der nächsten liberalen Regierung, alles tun, um ihn zu vereiteln. Dilke mißbilligte überhaupt die Tätigkeit König Eduards und Hardinges beim Knüpfen neuer Allianzen gegen Deutschland. Man errege dadurch den Verdacht, das Deutsche Reich eintreiben zu wollen, was große Gefahren in sich schließe, und rücke den Weltkrieg in die Nähe. So an mehreren Stellen seiner Tagebücher, besonders 1908 ("The Life of Sir Charles Dilke" von Gwynne und Tuckwell II, S. 507). Daß ein Mann dieser politischen Anschauung keine Stelle im Kabinett erhielt, lag in der Natur der Sache.